

Wolfgang Scherf

# Steuerinzidenz aus kreislauftheoretischer Sicht

Justus-Liebig-Universität Gießen

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Originalpublikation: [WISU – Das Wirtschaftsstudium](#) 10/2017, 1154 – 1160.

# Steuerinzidenz aus kreislauftheoretischer Sicht

Prof. Dr. Wolfgang Scherf, Gießen

**Die Steuerinzidenzanalyse widmet sich den effektiven Verteilungswirkungen der Besteuerung. Ein wichtiger Ausschnitt ist die Frage, inwieweit Steuern die Einkommensverteilung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern beeinflussen. Sie wird im Folgenden aus der Perspektive der makroökonomischen Kreislauftheorie der Verteilung diskutiert.**

## I. Einleitung

**Wer trägt die Steuerlast?**

Die Verteilung der **Steuerlasten** auf Arbeitnehmer und Unternehmer wird in der Finanzwissenschaft kontrovers diskutiert. Aus mikroökonomischer Sicht entscheiden die **Elastizitäten** von Angebot und Nachfrage auf den einzelnen Güter- und Arbeitsmärkten über die Preis- und Mengeneffekte der Besteuerung und die damit verbundenen Belastungen (vgl. Scherf 2011, 227-252). Dabei wird die Verwendung der **Steuereinnahmen** durch den Staat ausgeblendet. Dies hat zur Folge, dass die mikroökonomischen Ergebnisse nicht auf die **makroökonomische Ebene** übertragen werden können.

Auf die Bedeutung der **Mittelverwendung** durch den Staat hat erstmals Carl **Föhl** nachdrücklich hingewiesen. Er vertrat die Ansicht, dass alle Steuern bei Verausgabung der Mittel letzten Endes von den Arbeitnehmern getragen werden. Dieses Ergebnis stand vor allem bezüglich der Gewinnsteuern, die einzelwirtschaftlich als nicht überwälzbar gelten, in deutlichem Gegensatz zur neoklassischen Betrachtung und wurde daher als **Steuerparadox** empfunden (vgl. Föhl 1956/57, 1-37).

In vielen aktuellen finanzwissenschaftlichen Lehrbüchern finden sich kaum Hinweise auf die Kreislauftheorie der Verteilung und ihre Bedeutung für die Steuerinzidenz. Ausnahmen sind Brümmerhoff 2011, 440-443; Scherf 2011, 267-280. Etwas mehr Vielfalt in der volkswirtschaftlichen Lehre, in der mikroökonomische und neoklassische Ansätze dominieren, wäre wünschenswert.

## II. Die makroökonomische Verteilungsgleichung

**Die Angebotsbedingungen**

Ausgangspunkt der makroökonomischen Analyse der effektiven Steuerinzidenz ist die **Keynessche Verteilungsgleichung**. Sie zeigt, welche gesamtwirtschaftlichen Aggregate über die Höhe der **Unternehmergewinne** entscheiden. Die makroökonomischen Verteilungszusammenhänge werden in der Regel für eine **vollbeschäftigte Wirtschaft** abgeleitet, doch gelten sie im Prinzip – modifiziert durch die Effekte auf das Sozialprodukt – auch für eine unterbeschäftigte Wirtschaft (vgl. Scherf 1994, 143-211).

Bei gegebenem (Vollbeschäftigungs-) Sozialprodukt können die **Angebotsbedingungen** formal so beschrieben werden:

- (1)  $A = A(Y_r)$
- (2)  $L = w A$
- (3)  $L/Y_r = w A/Y_r = w/(Y_r/A)$
- (4)  $L/Y = w A/p Y_r = (w/p)/(Y_r/A)$

Gl. (1): Die Produktionsmenge bzw. das reale Sozialprodukt ( $Y_r$ ) determiniert das Arbeitsvolumen ( $A$ ). Gl. (2): Damit ist bei gegebenem Lohnsatz ( $w$ ) auch die Lohnsumme ( $L = w A$ ) fixiert. Gl. (3): Dasselbe gilt für die **Lohnstückkosten** ( $L/Y_r$ ), die dem Verhältnis von Lohnsatz ( $w$ ) zu Arbeitsproduktivität ( $Y_r/A$ ) entsprechen. Gl. (4): Die **Lohnquote** misst den Anteil der Nominallöhne am nominalen Sozialprodukt ( $L/Y$ ). Letzteres resultiert aus dem realen Sozialprodukt multipliziert mit dem Preisniveau ( $p$ ). Der Anteil der Löhne am Sozialprodukt kann deshalb auch als Relation zwischen **Reallohn** ( $w/p$ ) und **Arbeitsproduktivität** ausgedrückt werden. Ein Preisniveauanstieg reduziert den Reallohn und die Lohnquote, während die Gewinnquote ( $G/Y$ ) zunimmt.

### Herleitung der Verteilungsgleichung

Preisänderungen gehen bei konstanten (Lohn-) Stückkosten auf Nachfragevariationen zurück. Die nominale Gesamtnachfrage, also die **Einkommensverwendung**, bestimmt bei gegebenem realen Sozialprodukt das Preisniveau und beeinflusst damit die **Einkommensverteilung**. Die Anteile der Arbeitnehmer und Unternehmer am Sozialprodukt müssen demgemäß unter Beachtung der **Kreislaufzusammenhänge** erklärt werden. Diese werden durch folgendes Gleichungssystem beschrieben:

- (5)  $Y = C + I + NX + A_{St}$
- (6)  $Y = L + G = L^n + G^n + T$
- (7)  $L^n = C_L + S_L$  und  $G^n = C_G + S_G$
- (8)  $S = S_L + S_G = I + NX + A_{St} - T$
- (9)  $G^n = C_G + I + NX + A_{St} - T - S_L$

Gl. (5): In einer offenen Volkswirtschaft mit Staat entspricht die **gesamtwirtschaftliche Nachfrage** der Summe der Ausgaben für Konsum ( $C$ ), Investitionen ( $I$ ), Nettoexporten ( $NX$ ) sowie Staatsausgaben für Güter und Dienstleistungen ( $A_{St}$ ). Gl. (6): Durch **Steuern** ( $T$ ) verschafft sich der Staat einen Anteil am Gesamteinkommen. Dem privaten Sektor verbleiben nur die Nettolöhne ( $L^n$ ) und -gewinne ( $G^n$ ). Gl. (7): Die **Nettoeinkommen** werden von den Lohn- bzw. Gewinnempfängern konsumiert ( $C_L$ ,  $C_G$ ) oder gespart ( $S_L$ ,  $S_G$ ).

Gl. (8): Die privaten **Ersparnisse** ( $S = S_L + S_G$ ) sind stets identisch mit der faktischen Nachfrage nach investierbaren Mitteln durch Unternehmen ( $I$ ), Ausland ( $NX$ ) und Staat ( $A_{St} - T$ ). Hierbei entspricht die Differenz zwischen Staatsausgaben und Steuern (nach Abzug der Transferzahlungen) dem **Staatsdefizit**. Auflösen der Gleichung nach  $S_G$  und Addition von  $C_G$  führt zur **Verteilungsgleichung** (9): Die Nettogewinne entsprechen der Summe aus

den Konsum- und Investitionsausgaben der Unternehmer, den Nettoexporten und der Staatsverschuldung abzüglich des Sparens der Arbeitnehmer.

**Frage 1:** Wie können die Arbeitnehmer nach der keynesschen Verteilungsgleichung ihre Verteilungsposition verbessern?

### III. Verteilungseffekte der Besteuerung

#### Inzidenzarten

Aus der Keynesschen Verteilungsgleichung lassen sich bereits bei strenger Ceteris-Paribus-Argumentation, d.h. unter Konstanzhaltung aller übrigen Determinanten, wichtige Einsichten über die makroökonomischen Verteilungseffekte einer Steuererhöhung gewinnen. Sie unterscheiden sich fundamental nach der Mittelverwendung:

- **Budgetinzidenz:** Der praktisch bedeutsamste Fall der Budgetinzidenz geht davon aus, dass der Staat die Steuern erhöht, um damit **Mehrausgaben** für Güter- und Dienstleistungen zu finanzieren:  $\Delta T = \Delta A_{St} > 0$ .
- **Absolute Inzidenz:** Der Staat kann die Einnahmen aber auch verwenden, um bei konstanten Ausgaben seine **Kreditaufnahme** zu reduzieren:  $\Delta T > 0$  und  $\Delta A_{St} = 0$ .
- **Differentialinzidenz:** Schließlich besteht die Möglichkeit, eine Steuer zu erhöhen und im Gegenzug eine andere Steuer zu senken, also die **Steuerstruktur** zu verändern:  $\Delta T_1 > 0$  und  $\Delta T_2 < 0$ .

Die verschiedenen Inzidenzarten werden im Folgenden anhand der wichtigsten Steuertypen Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Gewinnsteuer diskutiert.

#### 1. Analyse der Budgetinzidenz

Eine Steuererhöhung, die von staatlichen Mehrausgaben begleitet wird, lässt gemäß Gleichung (9) die Nettogewinne unberührt:  $\Delta G^n = 0$  für  $\Delta T = \Delta A_{St}$ . Daraus folgt, dass die **Steuerlast** allein von den **Arbeitnehmern** getragen wird:  $\Delta L^n = -\Delta T$ . Dies gilt unabhängig von der Art der erhöhten Steuer, wenngleich sich die Transmissionswege unterscheiden.

#### Erhöhung der Lohnsteuer

Leicht nachvollziehbar ist das Ergebnis im Fall der **Lohnsteuer**. Ihre Erhöhung reduziert die Nominallöhne und damit die Konsumausgaben der Arbeitnehmer. Der steuerlich erzwungene **Konsumverzicht** der Arbeitnehmer ermöglicht einen höheren **Staatsanteil** am Sozialprodukt. Da der Staat die Mindernachfrage der Arbeitnehmer durch die Verausgabung der Mittel kompensiert, können die Unternehmer das bisherige reale Sozialprodukt zu weitgehend unveränderten Kosten, Preisen und Gewinnen absetzen. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kommt es weder zu einer Belastung der **Produzenten**, noch zu einer **Zusatzlast** durch Mengeneinbußen.

#### Erhöhung der Umsatzsteuer

Etwas komplexer vollzieht sich die Lastverteilung im Fall der **Umsatzsteuer**, die als indirekte Steuer die Kosten erhöht. Eine Anhebung verschlechtert die Erlös-Kosten-Relation und veranlasst die Unternehmen zu Preissteigerun-

gen. Diese lassen sich am Markt ohne Mengeneinbußen durchsetzen, weil der Staat durch die Verausgabung die nominale Gesamtnachfrage vergrößert und einen **Überwälzungsspielraum** schafft. Der **Preisniveauanstieg** reduziert den Realwert der gegebenen Nominallöhne und den realen **Arbeitsnehmerkonsum**. Dessen Verdrängung erlaubt die Erhöhung der Staatsausgaben für Güter und Dienste, mit denen der Staat einen größeren Teil des realen Sozialprodukts in Anspruch nimmt.

### Erhöhung der Gewinnsteuer

Während die Lohnsteuer und auch die Umsatzsteuer die Arbeitnehmer eher erwartungsgemäß belasten, ist dies bei einer **Gewinnsteuer** keineswegs selbstverständlich. Vielmehr gelten Gewinnsteuern aus mikroökonomischer Sicht als nicht überwälzbar, da sie die gewinnoptimale Preis-Mengen-Kombination nicht verändern (vgl. Scherf 2011, 242-246). **Makroökonomisch** wirken Gewinnsteuern jedoch im Prinzip wie Umsatzsteuern. In beiden Fällen setzt eine **Überwälzung** voraus, dass die Preise im Durchschnitt ohne Mengeneinbußen angehoben werden können. Das ermöglicht der Staat durch nachfragewirksame **Mittelverwendung**. Es gibt allen Grund zu der Annahme, dass die Unternehmen die Mehrausgaben des Staates nicht nur bei der Umsatzsteuer, sondern auch bei der Gewinnsteuer nutzen, um die Verschlechterung ihrer Erlös-Kosten-Relation durch Preissteigerungen zu kompensieren. Hierdurch erfolgt wiederum die Verschiebung der realen **Steuerlast** auf die Arbeitnehmer, die ihren realen Konsum einschränken müssen.

<b>Frage 2:</b> Welche Unterschiede bestehen hinsichtlich der Budgetinzidenz zwischen Lohnsteuer, Gewinnsteuer und Umsatzsteuer?
--

### 2. Analyse der absoluten Inzidenz

### Verausgabung der Mittel entscheidet

Wie stark die Einnahmenverwendung durch den Staat die Lasteffekte beeinflusst, wird deutlich, wenn man im Kontrast zur Budgetinzidenz die absolute Inzidenz analysiert. Hierbei verzichtet der Staat auf einen nachfragewirksamen Mitteleinsatz zugunsten einer Verminderung seiner **Kreditaufnahme**. Die Verteilungswirkungen verkehren sich dadurch in ihr Gegenteil.

Aus der Verteilungsgleichung (9) folgt, dass eine alleinige Erhöhung der Steuern die Nettogewinne schmälert:  $\Delta G^n = -\Delta T$  für  $\Delta A_{St} = 0$ . Mithin wird nun die **Steuerlast** alleine von den **Unternehmern** getragen. Auch dies gilt unabhängig von der Art der erhöhten Steuer.

Die Transmission erfolgt bei der **Lohnsteuer** durch den Rückgang der nominalen Konsumausgaben der Arbeitnehmer. Mangels einer Kompensation durch vermehrte Staatsausgaben müssen die Unternehmen das gegebene reale Sozialprodukt zu **geringeren Preisen** (relativ zu den Lohnstückkosten) verkaufen. Die Arbeitnehmer können ihren realen Konsum trotz Steuererhöhung aufrechterhalten, denn der Staatsanteil am realen Sozialprodukt bleibt konstant. Hier liegt der seltene Fall einer **Lohnsteuerüberwälzung** auf die arbeitsnachfragenden Unternehmen vor.

Mit **Gewinn- oder Umsatzsteuern** verkleinert der Staat direkt oder indirekt die Erlös-Kosten-Relation. In beiden Fällen fehlt nun aber der staatlich geschaffene Überwälzungsspielraum, der den Unternehmen einen Ausgleich über höhere Preise ermöglichen würde. Vielmehr können sie das gegebene Produktionsvolumen nur zu **konstanten Preisen** verkaufen und müssen dementsprechend die gestiegene Steuerlast tragen. Dies ist insofern interessant, als die Unternehmer gemeinhin für eine Haushaltskonsolidierung eintreten, die (nicht nur in der Hochkonjunktur) ihren Gewinninteressen eigentlich zuwiderläuft. Mangelnde Kenntnisse der Kreislauftheorie können in diesem Zusammenhang vermutet werden.

### 3. Analyse der Differentialinzidenz

#### Steuerstruktureffekte

Im Fall der Differentialinzidenz ändert sich nur die **Steuerstruktur**, während Steuervolumen und Staatsausgaben konstant bleiben:  $\Delta T = \Delta A_{St} = 0$ . Dies hat nach Gleichung (9) keinen Einfluss auf die Aggregatverteilung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern:  $\Delta G^n = \Delta L^n = 0$ .

Eine Senkung der **Lohnsteuer** entlastet z.B. die Gruppe der Arbeitnehmer nicht, wenn der Staat parallel die **Gewinnsteuer** oder die **Umsatzsteuer** erhöht, um die Einnahmenverluste bei der Lohnsteuer zu kompensieren. Vielmehr führt die Entlastung der Arbeitnehmer zu nominal wachsenden Konsumausgaben, die einen **Überwälzungsspielraum** eröffnen. Über Preissteigerungen wird das nominal höhere Nettoeinkommen der Arbeitnehmer real auf sein ursprüngliches Niveau entwertet.

**Frage 3:** Warum geht eine Gewinnsteuer bei absoluter Inzidenz zulasten der Unternehmergewinne, bei Differentialinzidenz aber nicht?

## IV. Berücksichtigung von Rückkoppelungseffekten

Alle bisherigen Schlussfolgerungen gelten so nur unter der Ceteris-Paribus-Klausel. Sie wird nun durch Berücksichtigung von Folgewirkungen auf die **nichtstaatlichen Bestimmungsfaktoren** der Verteilungsgleichung schrittweise aufgelöst, um die Kreislauftheorie hinsichtlich der Steuerinzidenz noch aussagefähiger zu machen. Die Überlegungen konzentrieren sich auf den Fall der Budgetinzidenz.

### 1. Rückwirkungen auf den Konsum

#### Verstärkereffekte über den Konsum

Nicholas **Kaldor** hat die Keynesische Verteilungsgleichung durch einkommensproportionale Konsum- bzw. Sparfunktionen der Arbeitnehmer und Unternehmer ausgebaut (vgl. Kaldor 1955/56, 94). Er geht davon aus, dass die **Sparquote** der Unternehmer ( $s_G = S_G / G^n$ ) die Sparquote der Arbeitnehmer ( $s_L = S_L / L^n$ ) übersteigt, was schon wegen der nicht ausgeschütteten Gewinne realistisch erscheint. Der Primäreffekt einer Verschiebung der Einkommensverteilung wird dann durch **Sekundärwirkungen** auf die Konsumaus-

gaben ( $C_G$ ) bzw. Ersparnisse ( $S_L$ ) der beiden sozialen Gruppen verstärkt (vgl. zur Inzidenz im Kaldor-Modell Scherf 1993, 478-482).

Wenn z.B. eine Steuererhöhung bei **Budgetinzidenz** die Nettolöhne reduziert, werden die Arbeitnehmer ihre Ersparnisse nicht konstant halten, sondern einschränken:  $\Delta S_L = s_L \Delta L^n < 0$ . Ihre Konsumausgaben sinken dementsprechend um weniger als die Steuererhöhung. Die **Mehrausgaben** des Staates überkompensieren dann die **Minderausgaben** der Arbeitnehmer, so dass per Saldo die nominale Gesamtnachfrage (weiter) zunimmt. Dies ermöglicht den Unternehmen (zusätzliche) Preissteigerungen, die ihre Nettogewinne erhöhen. Der Umverteilungsprozess wird forciert, wenn die Unternehmer auf den **Gewinnzuwachs** mit höheren Konsumausgaben reagieren:  $\Delta C_G = (1 - s_G) \Delta G^n > 0$ .

### Makroökonomische Zusatzlasten

Insgesamt führen die Rückwirkungen auf die Konsumausgaben der Arbeitnehmer und Unternehmer dazu, dass die Unternehmer im Falle der **Budgetinzidenz** von einer Steuererhöhung profitieren, während die Arbeitnehmer mehr als die Steuererhöhung verlieren. Der Kaldor-Effekt läuft auf eine makroökonomische **Zusatzlast** der Besteuerung für die Arbeitnehmer hinaus. Völlig analog verstärkt er im Falle der **absoluten Inzidenz** die steuerbedingte Belastung der Gewinne und erzeugt eine über die Steuererhöhung hinausgehende Zusatzlast für die Unternehmer.

### 2. Rückwirkungen auf die Investitionen

### Positive und negative Investitionseffekte

Die Aufrechterhaltung der **realen Investitionen** ist eine wichtige Voraussetzung für die Überwälzbarkeit von Kosten- und Gewinnsteuern. Sie erscheint im Falle der **Budgetinzidenz** realistisch, denn steuerfinanzierte Mehrausgaben lassen die Nettogewinne zumindest unberührt oder erhöhen sie sogar über die Konsumeffekte. Letzteres sollte die **Investitionen**, die positiv von den Nettogewinnen abhängen, tendenziell **vergrößern**:  $\Delta I = f(\Delta G^n) > 0$ . Die Verstärkereffekte zugunsten der Unternehmer werden von dieser Seite her noch einmal intensiviert.

Neben der positiven Rückkoppelung über die Gewinne unterliegen die Investitionen u.U. auch einer negativen Rückkoppelung über den **Zins**. Die Überwälzung von Umsatz- oder Gewinnsteuern impliziert bei konstanten Lohnstückkosten einen Anstieg des **Preisniveaus**. Bleibt das reale Sozialprodukt konstant, dann nehmen das nominale Transaktionsvolumen und die **Geldnachfrage** zu. Wenn die Zentralbank nicht bereit ist, das Geldangebot entsprechend auszuweiten, steigt der Zins ( $i$ ). Die zinsabhängige **Investitionsgüternachfrage** wird folglich eingeschränkt:  $\Delta I = f(\Delta i) < 0$ . Dadurch sinkt der Überwälzungsspielraum und die Nettogewinne fallen relativ geringer aus (vgl. zu den Zinsaspekten Scherf 1993, 482-486).

### Monetäre Grenzen der Überwälzung

**Monetäre Restriktionen** können also eine vollständige Steuerüberwälzung verhindern. Die aus der Verteilungsgleichung abgeleiteten Wirkungen kehren sich dadurch nicht um, werden aber u.U. abgeschwächt. Bei Budgetinzidenz

ist dennoch mit einer weitgehenden (Teil-) **Überwälzung** der Steuerlast auf die Arbeitnehmer zu rechnen. Dies gilt vor allem für eine Erhöhung der **Umsatzsteuer**, deren einmaliger Preiseffekt von der Zentralbank meist als unvermeidlich betrachtet und monetär alimentiert wird. In der **Eurozone** dürfte die praktische Bedeutung investitionshehmender Zinseffekte aufgrund der **Niedrigzinspolitik** der EZB auf absehbare Zeit ohnehin gering sein.

Die monetären Grenzen des Überwälzungsspielraums betreffen Kosten- und Gewinnsteuern, die bei Budgetinzidenz das **Preisniveau** und infolgedessen das **Zinsniveau** verändern. Der Zinseffekt unterbleibt jedoch, wenn der Staat die **Lohnsteuer** variiert und die reale Veränderung des Arbeitnehmerkonsums damit weitgehend preisniveauneutral bewerkstelligt.

**Frage 4:** Nehmen Sie Stellung zu der These, dass Gewinnsteuern die Investitionen und daher per Saldo auch die Gewinne reduzieren.

### Differentialinzidenz

Dieser Unterschied modifiziert auch die Differentialinzidenz. Variationen der **Steuerstruktur**, die nach der Verteilungsgleichung keinen direkten Einfluss auf Nettolöhne und -gewinne haben, werden möglicherweise wirksam. Beispielsweise kann eine **Lohnsteuersenkung** bei gleichzeitiger **Umsatzsteuererhöhung** einen Anstieg des Preis- und des Zinsniveaus erzeugen, was die Investitionen und die Nettogewinne tendenziell schmälert.

### 3. Rückwirkungen auf die Nettoexporte

In einer offenen Volkswirtschaft spielen die **Nettoexporte** eine wichtige Rolle für Gesamtnachfrage und Gewinne. Steuerinduzierte Überwälzungsprozesse können die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen, wobei die Entwicklung der **Inlandspreise und -zinsen** in einer vollbeschäftigten Wirtschaft entscheidende Bedeutung hat:

### Internationale Konkurrenzfähigkeit

- Im Falle der Budgetinzidenz erhöhen steigende **Kosten- und Gewinnsteuern** das Inlandspreisniveau. Hierdurch nimmt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit tendenziell ab. Das gilt allerdings nicht für die wichtigste indirekte Steuer, die **Umsatzsteuer**, die einem **Grenzausgleich** im internationalen Handel unterliegt und deshalb die Exportpreise nicht berührt. Zudem wirkt der Preiseffekt vor allem bei festen **Wechselkursen** und in einer **Währungsunion** (Eurozone), während bei flexiblen Wechselkursen entgegen gerichtete Abwertungstendenzen eintreten. Soweit der Preiseffekt auf die Nettoexporte durchschlägt, schwächt er den **Überwälzungsgrad** der Steuern, was die Belastung der Arbeitnehmer reduziert.
- Ähnliche Wirkungen ergeben sich, wenn inländische Preissteigerungen an **Finanzierungsgrenzen** stoßen und der **Inlandszins** steigt. Dies fördert die Nettokapitalimporte, was bei flexiblen Wechselkursen via Aufwertung der Inlandswährung einen Rückgang der Nettoexporte erzeugt. Al-



lerdings kann auch dieser Effekt in der **Eurozone** derzeit vernachlässigt werden, da die **Niedrigzinspolitik** eher auf eine Abwertung gerichtet ist.

Tendenziell schmälern die Folgewirkungen für den **Außenhandel** die Überwälzungsmöglichkeiten preiswirksamer und zugleich nicht grenzausgleichsfähiger Abgaben. Neben den Gewinnsteuern fallen darunter die lohnbezogenen **Arbeitgeberbeiträge** zur Sozialversicherung besonders ins Gewicht.

#### 4. Rückwirkungen auf das reale Sozialprodukt

Die Analyse der makroökonomischen Steuerinzidenz erfolgte bislang unter der Annahme eines gegebenen Sozialprodukts. In einer **unterbeschäftigten Wirtschaft** können Steuervariationen prinzipiell neben der Verteilung auch die Höhe des realen Sozialprodukts verändern.

#### Meist dominiert der Verteilungseffekt

Solange es um die **Budgetinzidenz** geht, spielen Einkommenseffekte eine untergeordnete Rolle. Steuerfinanzierte **Mehrausgaben** erhöhen das reale Sozialprodukt bestenfalls in dem Maße, in dem die Ausgaben stärker steigen als die **Steuerzahllast** der Unternehmen. Diese werden einen staatlich geschaffenen Nachfragespielraum zunächst zur Überwälzung von Kosten- oder Gewinnsteuern nutzen, bevor sie auf eine eventuell verbleibende Mehrnachfrage (Kaldor-Effekt) mit einer Erhöhung der **Produktion** oder auch mit einer Anhebung der **Gewinnspanne** reagieren.

Ebenso wenig wirksam ist eine Lohnsteuererhöhung bei staatlicher Verausgabung der Mittel. Solche nach dem Haavelmo-Theorem konzipierten „Beschäftigungsprogramme“ sind generell relativ ineffizient, da der **Entzugseffekt** der Steuern die **Konsumnachfrage** der Arbeitnehmer reduziert und so den Nachfrageeffekt der Staatsausgaben weitgehend aushebelt.

Bei **Differentialinzidenz** erweisen sich die Wirkungen auf das reale Sozialprodukt als noch unbedeutender. Der aufkommensneutrale Austausch zwischen einer **Umsatzsteuer** und einer **Gewinnsteuer** belastet die Unternehmen im Durchschnitt nicht und lässt daher Sozialprodukt, Beschäftigung, Preisniveau und Verteilung weitgehend unberührt. Ein Wechsel von der Umsatzsteuer oder Gewinnsteuer zur **Lohnsteuer** entlastet nominal zwar die Unternehmen, senkt aber zugleich den Arbeitnehmerkonsum und das Preisniveau, was einen stärkeren Beschäftigungseffekt unwahrscheinlich macht.

#### Einkommenseffekt bei absoluter Inzidenz

Wesentlich problematischer ist der Fall der **absoluten Inzidenz** bei Unterbeschäftigung. Reine **Steuererhöhungen** verschlechtern in jedem Fall die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen. Bei unterausgelasteten Kapazitäten und bereits gewährten konjunkturellen Preisnachlässen werden die Unternehmen eine weitere Gewinnkompression jedoch kaum hinnehmen. Eher dürften sie Produktion und Beschäftigung weiter zurückfahren. Dass Steuererhöhungen **rezessionsverschärfend** wirken, ist keine neue Erkenntnis, hält Politiker bei angespannter Haushaltsslage aber nicht unbedingt davon ab.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass in einer unterbeschäftigten Wirtschaft neben den Verteilungseffekten der Besteuerung auch Einkommenseffekte

auftreten. Bei **Budgetinzidenz** und noch mehr bei **Differentialinzidenz** handelt es sich jedoch um **Nebeneffekte**, die an den Verteilungsaussagen wenig ändern. Bei **absoluter Inzidenz** rücken die Einkommenseffekte dagegen stärker in den Vordergrund. Steueränderungen, die bei Normalauslastung des Produktionspotentials hauptsächlich auf die Nettogewinne wirken, dürften in der Rezession vor allem den **Beschäftigungsgrad** beeinflussen.

**Frage 5:** Führt eine Umsatzsteuererhöhung in der Rezession zu einem Rückgang von Produktion und Beschäftigung?

### Geringer Einfluss der Lohnpolitik

#### 5. Rückwirkungen auf die Nominallöhne

Die Annahme konstanter **Lohnstückkosten** impliziert stabile Angebotsbedingungen und erleichtert die Fokussierung auf die **Nachfrageaspekte** der Steuerinzidenz, die bei mikroökonomischer und neoklassischer Betrachtung völlig im Hintergrund bleiben. Steuerpolitische Maßnahmen können aber nicht nur die Güterpreise, sondern auch die **Nominallöhne** verändern. Der Versuch der Gewerkschaften, eine reale Steuerbelastung der Arbeitnehmer lohnpolitisch zu korrigieren, ist jedoch weitgehend zum Scheitern verurteilt.

Selbst wenn es in den **Tarifverhandlungen** gelingt, höhere Nominallöhne durchzusetzen, bleibt die Verteilung praktisch unberührt, weil die höheren Löhne zu höheren Konsumausgaben führen, die eine **Überwälzung** in den Güterpreisen ermöglichen. Sollte der Preisniveaustieg die Zentralbank zu einer Erhöhung des Zinsniveaus veranlassen, gehen die Investitionen tendenziell zurück, was zunächst die Gewinne treffen mag, in der Folge aber Produktion und Beschäftigung reduzieren kann. Die **Nominallohnpolitik** ist daher aus kreislauftheoretischer Sicht ein untaugliches Instrument zur Veränderung der Einkommensverteilung.

#### V. Fazit

Die **Kreislauftheorie** der Verteilung liefert eine fundamentale Einsicht bezüglich der Steuerinzidenz: Entscheidend für die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen sind nicht so sehr die Unterschiede zwischen den Steuerarten, sondern zwischen den **Inzidenzarten**. Die Mittelverwendung durch den Staat determiniert weitgehend die Lasteffekte der Finanzierung. Bei **Budgetinzidenz** tragen die **Arbeitnehmer** durch Konsumverzicht die Steuerlast, bei **Differentialinzidenz** bleibt die Aggregatverteilung annähernd konstant und bei absoluter Inzidenz verschiebt sich die Steuerlast auf die **Unternehmer**.

### Überraschende Einsichten

Dieser grundlegende Befund impliziert durchaus überraschende Einzelergebnisse. Folgende **Beispiele** mögen zur Illustration genügen:

- Im Gegensatz zur traditionellen Sicht ist eine **Gewinnsteuer** bei nachfragewirksamer Mittelverwendung überwälzbar (Budgetinzidenz).
- Eine Reduktion der **Lohnsteuer** entlastet die Arbeitnehmer nicht, wenn der Staat im Gegenzug andere Steuern erhöht (Differentialinzidenz).

- Bei Verwendung zum Schuldenabbau trifft eine höhere **Lohnsteuer** nicht die Arbeitnehmer, sondern die Unternehmer (absolute Inzidenz).

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, doch dürfte die **steuerpolitische Relevanz** bereits deutlich geworden sein. Ein grundlegendes Verständnis makroökonomischer Verteilungszusammenhänge würde der Debatte über allfällige Steuerreformvorschläge jedenfalls zugutekommen, in der so gut wie nie zwischen formaler und **effektiver Steuerinzidenz** differenziert wird.

### Literatur

Brümmerhoff, D.: Finanzwissenschaft, 10. Aufl., München 2011. In der mit T. Büttner publizierten 11. Aufl. von 2015 fehlt der betreffende Abschnitt.

Föhl, C.: Das Steuerparadoxon, Finanzarchiv 17, 1956/57, 1-37.

Kaldor, N.: Alternative Theories of Distribution, The Review of Economic Studies, Vol. 23, 1955/56, 83-100.

Scherf, W.: Steuerinzidenz in einem kaldorianischen IS-LM-Modell, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 211, 1993, 477-491.

Scherf, W.: Die Bedeutung des kaldorianischen Verteilungsmechanismus für die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der staatlichen Neuverschuldung, Frankfurt 1994.

Scherf, W.: Öffentliche Finanzen. 2. Aufl., Konstanz/München 2011.

### Anworten

**Frage 1:** Wie können die Arbeitnehmer nach der keynesschen Verteilungsgleichung ihre Verteilungsposition verbessern?

Gemäß der Verteilungsgleichung sinken die Nettogewinne, wenn die Arbeitnehmer mehr sparen. Dies bedeutet eine Verminderung ihrer nominalen Konsumausgaben, so dass die Preise für das real gegebene Sozialprodukt und damit die Nettogewinne sinken. Der reale Arbeitnehmerkonsum bleibt dabei konstant, d.h. die Arbeitnehmer als Gruppe sparen ohne Konsumverzicht. Darauf basiert die Idee, die Verteilungsposition der Arbeitnehmer durch verstärkte Vermögensbildung zu verbessern.

**Frage 2:** Welche Unterschiede bestehen hinsichtlich der Budgetinzidenz zwischen Lohnsteuer, Gewinnsteuer und Umsatzsteuer?

Bei Budgetinzidenz belasten alle Steuern real die Arbeitnehmer, die zugunsten des Staates auf Konsum verzichten müssen. Die Verdrängung des Arbeitnehmerkonsums erfolgt aber bei der Lohnsteuer auf direktem Wege durch Kürzung ihres Nettoeinkommens. Bei der Umsatzsteuer und der Gewinnsteuer bleiben die Einkommen der Arbeitnehmer nominal konstant. Die Verdrängung erfolgt nun auf indirektem Wege durch Überwälzung der Steuern in den Güterpreisen. Bei gleichem Belastungsergebnis ist die Finanzierung staatlicher Mehrausgaben durch direkten Kaufkraftentzug stabilitätspolitisch günstiger.

**Frage 3:** Warum geht eine Gewinnsteuer bei absoluter Inzidenz zulasten der Unternehmergewinne, bei Differentialinzidenz aber nicht?

Bei absoluter Inzidenz verwendet der Staat die Einnahmen aus der Gewinnsteuer zur Defizitreduktion. Den Unternehmen fehlt daher ein nachfrageseitiger Überwälzungsspielraum. Sie können die Preise und Erlöse für das gegebene reale Sozialprodukt nicht erhöhen und müssen die zusätzliche Gewinnsteuerlast aus ihren konstanten Bruttogewinnen tragen. Bei Differentialinzidenz reduziert der Staat im Gegenzug eine andere Steuer. Eine Umsatzsteuersenkung entlastet die Unternehmen direkt, während eine Lohnsteuersenkung den Arbeitnehmerkonsum nominal vergrößert und so einen Überwälzungsspielraum schafft. In beiden Fällen bleiben die Gewinne weitgehend konstant.

**Frage 4:** Nehmen Sie Stellung zu der These, dass Gewinnsteuern die Investitionen und damit per Saldo auch die Gewinne reduzieren.

Gewinnsteuern können zulasten der gewinnabhängigen Investitionen gehen, wenn sie die Nettogewinne effektiv reduzieren. Dies ist nur bei absoluter Inzidenz, jedoch nicht bei Differential- oder Budgetinzidenz der Fall. Die zinsabhängigen Investitionen können zudem sinken, wenn Gewinnsteuern in den Preisen weitergegeben werden und die Zentralbank daraufhin den Zins erhöht. Dieser Effekt schmälert den Überwälzungsgrad bei Budgetinzidenz. Ob die Gewinne sinken, hängt aber noch davon ab, wie stark die positiven Rückwirkungen auf den Konsum (Kaldor-Effekt) ausfallen.

**Frage 5:** Führt eine Umsatzsteuererhöhung in der Rezession zu einem Rückgang von Produktion und Beschäftigung?

Hierbei kommt es wieder auf die Mittelverwendung an. Bei Verausgabung der Steuereinnahmen werden die Unternehmen den Nachfragespielraum zunächst für eine Überwälzung nutzen. Die Güterpreise steigen und die Struktur des konstanten (Unterbeschäftigungs-) Sozialprodukts verschiebt sich zulasten des Arbeitnehmerkonsums und zugunsten der Staatsausgaben. Eine eventuell darüber hinausgehende Mehrnachfrage infolge des Kaldor-Effekts kann sogar zu einem leichten Anstieg des Sozialprodukts führen. Bei absoluter Inzidenz fehlt der Überwälzungsspielraum. Wegen der ohnehin angespannten Absatzlage werden die Unternehmen kaum noch Preiszugeständnisse machen. Produktion und Beschäftigung gehen dann zurück.